

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N^o 11.

Dresden, am 1. Februar

1849.

Neunte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer
am 28. Januar 1849.

Inhalt:

Registrandenvortrag. — Entschuldigungen. — Erklärung des Staatsministers D. v. d. Pfordten, die Zurücknahme des Entlassungsgesuchs der Staatsminister betr. — Beantwortung der Riedel'schen Interpellation, die Wiener Flüchtlinge betr., durch den Staatsminister Oberländer. — Mittheilung des Staatsministers D. v. d. Pfordten, die Vorlage über die deutschen Grundrechte betr. — Wahl der ersten, zweiten, vierten und fünften Deputation.

Die Sitzung beginnt $\frac{1}{4}$ 11 Uhr in Anwesenheit von 63 Mitgliedern mit Vorlesung des Protocolls über die letzte Sitzung, welches von der Kammer genehmigt und von den Abgg. Haberkorn und Hähnel mitunterzeichnet wird. Es beginnt sodann der Vortrag aus der Registrande mit:

1. (Nr. 55.) Gesuch des deutschkatholischen provisorischen Landeskirchenvorstandes in Sachsen vom 27. d. Mon. um Unterstützung der deutschkatholischen Gemeinden aus Staatsmitteln.

Präsident Hensel: Ich schlage der Kammer vor, diesen Gegenstand an die Finanzdeputation zu verweisen.

2. (Nr. 56.) Einladung des Vorstandes des hiesigen pädagogischen Vereins an die Mitglieder der zweiten Kammer zur Theilnahme an der den 30. d. Mon. zu haltenden öffentlichen Stiftungsfeier dieses Vereins.

Präsident Hensel: Die Einladung wird in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder ausgelegt werden.

3. (Nr. 57.) Petition des Diaconus Rothe und Genossen zu Rötha vom 24. d. Mon. um Ermäßigung der Tagegelder der Landtagsabgeordneten.

Präsident Hensel: Ich schlage der Kammer vor, diese Petition an die zur Begutachtung der Geschäftsordnung niedergesetzte Deputation zu überweisen. Jedoch ist es zweckmäßiger, diese Petition ohne weiteres an die erste Kammer zu übergeben, da diese noch nicht zur Berathung dieses Gegenstandes gelangt ist. Genehmigt die Kammer diesen Vorschlag? — Einstimmig Ja.

II. K. (Erstes Abonnement.)

4. (Nr. 58.) Der deutsche Verein zu Chemnitz spricht sich in einer Adresse vom 21. d. Mon. über die Haltung der zweiten Kammer in der Sitzung vom 20. l. Mon. mißbilligend aus.

Präsident Hensel: Das Directorium schlägt der Kammer vor, diese Eingabe, in welcher sich der deutsche Verein zu Chemnitz auf eine unangemessene Weise über die Haltung der zweiten Kammer in der Sitzung vom 20. d. Mon. ausspricht, auf Grund von §. 41 der Geschäftsordnung beizulegen. Genehmigt die Kammer diesen Vorschlag? — Einstimmig Ja.

5. (Nr. 59.) Petition des Vaterlands- und des Webervereins zu Seiffhennersdorf zc. vom 7. d. Mon. mit 757 Unterschriften, betreffend die Aufrechthaltung des Hausirrbefugnisses der dortigen Baumwollenweber.

Präsident Hensel: Diese Petition ist der zu erwählenden Petitionsdeputation zu überweisen. Der Registrandenvortrag ist beendet. Die beiden Abgg. Hohlfeld und v. Trübschler haben sich bezüglich wegen dringender Abhaltung und Krankheit von der heutigen Sitzung entschuldigen lassen, und der Abg. Müller aus Dresden wird ebenfalls wegen Krankheit noch als entschuldigt anzusehen sein. Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Antwort der Regierung auf die Riedel'sche Interpellation in Betreff der Wiener Flüchtlinge. Da aber die Organe der Regierung nicht zugegen sind, so schlage ich der Kammer vor, den zweiten Gegenstand der Tagesordnung zu vollziehen, die vorläufige Wahl von Deputationen, und ich ersuche die Kammer, für die erste Deputation, (Die Staatsminister D. v. d. Pfordten und Oberländer treten ein.)

wie von der Geschäftsdeputation vorgeschlagen worden ist, sieben Mitglieder aufzuschreiben.

Staatsminister D. v. d. Pfordten: Se. Majestät der König haben die Minister wiederholt aufgefordert, in ihren Aemtern zu bleiben, und die Minister haben hierauf nach nochmaliger Ueberlegung sich entschlossen, ihr Entlassungsgesuch zurückzunehmen und die Geschäfte fortzuführen.

(Bravo und Applaus auf den Tribünen.)

Staatsminister Oberländer: Die Regierung hat heute auf eine Interpellation des Abg. Riedel zu antworten. Er hat angefragt: 1) „Gedenkt die Staatsregierung, die bei der